

13.05.2020 – PM 38/2020

Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe

IG BAU fordert bezahlte Wegezeiten und Einkommensplus

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) geht auch in Zeiten der Corona-Pandemie selbstbewusst in die Tarifverhandlungen für das Bauhauptgewerbe. Neben einem deutlichen Einkommensplus für Beschäftigte wie Auszubildende fordert die IG BAU in dieser Runde eine Entschädigung für die Wegezeit zur Baustelle. „Am Bau gibt es keinen Einbruch durch Corona. Die Auftragsbücher sind voll und es wird flächendeckend gearbeitet. Nach wie vor ist der Bau die Konjunktur-Lokomotive in Deutschland. In der aktuellen Ausnahmesituation wird deutlich, wie sehr einheimische Fachkräfte benötigt werden und wie wichtig sie sind. Die Ausbildungsversäumnisse der letzten Jahre rächen sich. Aus diesem Grund gilt es in diesem Jahr, bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des Baus noch eine Schippe drauf zu legen, um den Bau attraktiver zu machen, Beschäftigte zu halten und neue zu gewinnen“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied und Verhandlungsführer Carsten Burckhardt. „Eine Möglichkeit dazu bietet die Forderung der IG BAU nach Wegezeitentschädigung. Beschäftigte müssen zu den Baustellen kommen. Dabei geht der Trend zu immer weiter entfernten Einsatzorten. Für die Fahrten gibt es aber keinerlei Entschädigung. Weder in Form von Freizeitausgleich noch in finanzieller Form. In anderen Branchen ist dies üblich. Das ist ungerecht. Baubeschäftigte haben keinen Einfluss darauf, wie weit die Baustelle entfernt ist. Deshalb muss für die vertane Lebenszeit auf dem Weg zur Baustelle endlich eine Entschädigung her. Gleichzeitig wird Bauarbeitern immer mehr abverlangt. Der Fachkräftebedarf hat schon vor Corona zu Arbeitsverdichtung und Zeitdruck geführt. In den letzten Wochen ist der Druck weiter gewachsen. Es sind die Beschäftigten, die steigenden Umsatz und Gewinn ermöglichen. An diesem Erfolg müssen sie gerecht beteiligt werden.“

Die Tarifverhandlungen waren ursprünglich für den 19. März 2020 geplant, mussten wegen der Pandemie jedoch verschoben werden. Die Gespräche starten nun am 19. Mai 2020 in verkleinerter Besetzung in Berlin.